

Blickpunkt Kantone

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **87 (2000)**

Heft 1: **Visionen/Utopien**

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Blickpunkt Kantone

Aargau

Aarau verordnet «bittere Pille»

Ab dem Schuljahr 2000/2001 werden die Aufnahmebedingungen für Fricktaler Schülerinnen und Schüler an die weiterführenden Schulen in Basel-Stadt und Baselland verschärft. Das Erziehungsdepartement spricht von Anpassung an den übrigen Aargau. Fricktaler Politiker äussern sich skeptisch.

<BaZ>, 8.10.99

Staatspersonal-Verband macht mobil

Die Aargauer Staatspersonalverbände lehnen die Abschaffung der Dienstalterszulagen und den im Budget 2000 vorgesehenen Lohnabbau für das Aargauer Staatspersonal ab. Ein solcher Abbau liege quer in der Landschaft.

<ZT>, 6.10.99

Baselland

Kindergärtnerinnen müssen ans Telefon

Die Allschwiler Kindergärtnerinnen müssen eine Viertelstunde vor dem Unterrichtsbeginn telefonisch erreichbar sein. Das Verwaltungsgericht hat eine Beschwerde der Kindergärtnerinnen gegen die Einführung von Telefongesprächszeiten einstimmig abgewiesen. Das Gericht befand, die Gemeinde habe mit dieser Massnahme die Pflichtstundenzahl nicht erhöht: Diese Präsenzzeit falle in die Vorbereitungszeit.

<BaZ>, 14.10.99

Basel-Stadt

Erstmals Leistungsvereinbarung mit der Uni

Erstmals kann der Grosse Rat im Dezember eine Leistungsvereinbarung des Kantons mit der Universität Basel genehmigen, bevor er über den Globalbeitrag entscheidet. Die Vereinbarung legt Schwerpunkte, Leistungsbereiche und Finanzierungsgrundsätze fest, berührt aber nicht das fachliche Angebot der Uni. Für die Regierung ist die Genehmigung durch das Parlament ein vorläufiges Recht; das dürfte noch zu reden geben.

<BaZ>, 19.10.99

Bern

Hinter den Türen der Gymnasien brodeln es

Mit der um ein Jahr verkürzten Maturitätsausbildung fallen an den Gymnasien im Jahr 2001 rund 60 Klassen weg. Dies bewirkt einen massiven Stellenabbau bei den Lehrkräften, der vor allem die jüngeren treffen wird. Rektoren und Lehrer kritisieren die Erziehungsdirektion, die noch keine Gegenmassnahmen ergreift.

<Bund>, 20.10.99

Luzern

Projekt zur Universitätsgründung in Luzern

Die Gründung einer Universität mit rund 900 Studierenden an drei Fakultäten beantragt die Luzerner Regierung in einer Botschaft an den Grosse Rat. Neben den bereits existierenden Fakultäten für Theologie und Geisteswissenschaften soll eine dritte Fakultät für Rechtswissenschaften entstehen. Bereits im Mai sollen die Luzerner Stimmberechtigten über das Uni-Projekt befinden.

<NZZ>, 21.10.99

Solothurn

«Kanti» wehrt sich

Lehrerschaft und Schülerrat der Kantonsschule Olten wehren sich in einem Communiqué gemeinsam gegen weitere Abbaumassnahmen im Bildungsbereich. Auf dem Spiel stünden auch die Vorteile des Standorts Olten.

<AZ>, 4.11.99

Thurgau

Der Thurgau schliesst das Seminar Weinfelden

Das kleine, derzeit gut 40 Absolventinnen zählende Seminar für Textilarbeit/Werken und Gestaltung (TWG) in Weinfelden wird im Sommer 2002 aufgehoben. Dies hat der Thurgauer Grosse Rat am Mittwoch nach einer engagierten Debatte und zuvor via Medien auch in der Öffentlichkeit ausgetragenen Diskussionen mit 81 zu 22 Stimmen beschlossen. Der Entscheid bedeutet, dass die Weinfelder Ausbildungsstätte für Primar- und Oberstu-

Schlaglicht

fenlehrkräfte im gestalterischen Bereich möglich ist ausserdem der Erwerb von Zusatzpatenten auf den Gebieten Sport- und Blockflötenunterricht – ab sofort keine neuen Studierenden mehr aufnimmt. Die im Sommer 1999 eingetretenen Seminaristinnen dagegen werden ihre dreijährige Ausbildung am angestammten Ort beenden können.

<NZZ>, 22.10.99

Zürich

Numerus clausus für Medizinstudenten in Zürich

Das Bundesgericht hat seine Entscheid von Ende August zu Zulassungsbeschränkungen im Medizinstudium an der Universität Zürich begründet. Gemäss der nun vorliegenden schriftlichen Begründung des Bundesgerichts hätte der Zürcher Gesetzgeber zumindest den Grundsatz der Kostenbeteiligung an den Zulassungstests in einem Gesetz verankern müssen. Die Gebührenpflicht in Form einer Verordnung sei auch als Übergangslösung nicht ausreichend gewesen.

<NZZ>, 6.10.99

Ein Widerspruch

«Die zunehmende kulturelle Heterogenität der Schülerschaft geht mit einer Tendenz zur kulturellen Homogenisierung der Lehrerschaft einher.» (BzL 3/1999)

Zwischen 1980 und 1996 ist die Zahl der ausländischen Kinder und Jugendlichen in der Schweiz von 15% auf 22% gestiegen. 96/97 betrug der Anteil ausländischer Lehrkräfte in allen obligatorischen Schulen 1,9%. Da immer weniger Jugendliche aus andern Kulturen die höheren Schulstufen erreichen, werden auch immer weniger zu Lehrpersonen ausgebildet. Die Kluft zwischen einer monokulturellen Lehrerschaft und einer multikulturellen Schüler- und Elternschaft wird also weiter wachsen.

Eine wichtige Ursache für diese Situation liegt darin, dass Deutschkenntnisse nach wie vor einen Schlüsselfaktor für Selektionsverfahren darstellen.

Wo sind Veränderungsmöglichkeiten? Ich erwähne drei aus der Fülle, die der Autor P. Stadler anführt:

- Weniger starke Gewichtung der deutschen Sprache als Selektionskriterium.
- Veränderung der Selektionsverfahren für höhere Schulen und Lehrerbildungsinstitutionen, so dass Erfahrungen mit andern Kulturen und Sprachen nutzbar gemacht werden können.
- Einfachere und schnellere Verfahren zur Prüfung und Anerkennung von ausländischen Diplomen.

Wenn wir nicht weiterhin ein Heer von schlecht ausgebildeten Ausländerinnen und Ausländern unterhalten wollen, werden wir Veränderungen ins Auge fassen müssen